

Antrag Nr. 0094/2007/AN
Antragsteller: SPD-Fraktion
Antragsdatum: 07.11.2007

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Bürgeramt

Verbreitung des Heidelberg-Passes

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	20.12.2007	Ö		
Sozialausschuss	04.03.2008	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	19.03.2008	Ö		
Gemeinderat	03.04.2008	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

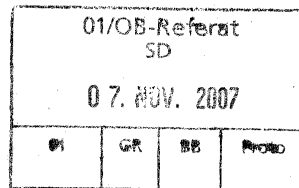


Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Heidelberg
Herrn Dr. Eckart Würzner
- Rathaus -

69117 Heidelberg



Dr. Anke Schuster, Fraktionsvorsitzende
Thomas Kruczal, stellv. Vorsitzender
Roger Schladtz, stellv. Vorsitzender
Werner Brants
Karl Emer
Reiner Nimis
Michael Röchlitz
Imtraud Spinnler
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

Datum: 6.11.07

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen wir gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Verbreitung des "Heidelberg Passes"

- **Bericht der Verwaltung**
Die Verwaltung wird beauftragt, nach einer besseren Verbreitungsstrategie zu suchen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Insbesondere soll der Vorschlag, den "Heidelberg Pass" bereits im Jobcenter an ALG II-Empfänger auszuhändigen, auf seine Umsetzbarkeit untersucht werden.
- **Ggf. Anträge**
- **Diskussion und Aussprache**

Begründung:

Der "Bericht zur Sozialen Lage" wie auch beispielhafte Äußerungen während der Woche gegen Ausgrenzung und Armut haben bewiesen, dass der "Heidelberg Pass" unter den Berechtigten noch nicht so verbreitet ist, wie es mit seiner Schaffung beabsichtigt war.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, nach einer besseren Verbreitungsstrategie zu suchen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Insbesondere soll der Vorschlag, den "Heidelberg Pass" bereits im Jobcenter an ALG II-Empfänger auszuhändigen, auf seine Umsetzbarkeit untersucht werden.

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigefügt.

gez. SPD-Fraktion